

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei halbjährlicher Zahlung im Voraus für Deutschland 3.50 M., im Ausland 4.50 M. für Postanweisung. Die Postämter nehmen sämtliche Postanweisungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland und Österreich 12.50 M., für das übrige Ausland 16.— M. jährlich. Druckverlag, per Post für Deutschland und Österreich 20.50 M. Redaktion und Expedition: Verlin N.O. 6, Schiffbauerdamm 19. III. Verlagsleiter: Kurt Roden 533-36 und 9708.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Leertextspalten. Kleine Anzeigen: Das erste Heft 2.— M., jedes weitere Heft 1.50 M., einschließlich Leertextspalten. Kontante Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellenangebote 1.20 M. netto pro Zeile. Stellenangebote in Wortanzeigen: das erste Heft 1.50 M., jedes weitere Heft 1.— M. Inseraten-Abteilung: Verlin N.O. 6, Schiffbauerdamm 19. III. Verlagsleiter: Kurt Roden 533-36, Buchhandlung Zenkum 2645. „Freiheit“-Buchdruckerei Zenkum 2030.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Doppelspiel der bürgerlichen Parteien.

Bei dem Wahlkampf zum Reichstag wiederholt sich, was sich seit Jahrzehnten bei der Wahlbewegung für die geschiedenen Fraktionen gezeigt hat: die bürgerlichen Parteien überbieten sich gegenseitig in Versprechungen an die Wähler und suchen ihnen vorzutäuschen, daß sie alles Bestreben zu erwidern haben, wenn sie am Wahltag für sie stimmen werden.

Dies ist die Wahlaufrufe der bürgerlichen Parteien, so scheint jede Scheidung der Wähler nach Klassen verschwunden zu sein, jeder Interessengegensatz zwischen den verschiedenen oder gar gegensätzliche Interessen vertretenden Wählern aufgehört zu haben. Jede bürgerliche Partei richtet ihren Appell an alle Wähler, an die Besitzenden sowohl wie an die Besitzlosen, an die Kapitalisten wie an Arbeiter, Angestellte und Beamte. Allen suchen sie einzureden, daß ohne Rücksicht auf die Gegensätze zwischen diesen verschiedenen Schichten der Gesellschaft in der Wahl ihrer Kandidaten das Heil liegt.

Die Unabhängige Sozialdemokratie ist weit davon entfernt, diesen Wettlauf um die Gunst der Wähler mitzumachen. Sie führt den Wahlkampf nicht um der Mandate willen, nicht um die Massen in unerfüllbare Hoffnungen zu wiegen, nicht um durch unbestimmte Versprechungen ihre Gunst zu erringen. Sie führt ihn vielmehr um die Erkenntnis der Massen, um ihre politische und ökonomische Kraft zu stärken, ihr Verständnis und Interesse für den Sozialismus zu wecken und ihnen die Notwendigkeit klar zu machen, innerhalb und außerhalb des Parlamentes, gegen den Kapitalismus und für die Idee des Sozialismus zu kämpfen.

Diese Klarheit in den Köpfen der Massen aber ist der schlimmste Feind der bürgerlichen Parteien, die sie mehr als alles andere fürchten. Sie suchen die großen Massen der Wähler über ihre Interessen zu täuschen, die Illusion an die Allmacht des Parlamentes zu wecken, um damit die außerparlamentarische Macht der Massen zu schwächen. Die bürgerlichen Parteien versprechen deshalb bei den Wahlkämpfen stets alles, um später nichts zu halten. Sie täuschen die Wähler aufzulassen, statt sie aufzuklären, und suchen die Gegensätze zwischen den Klassen zu vertuschen, anstatt sie zu klären. Alles das geschieht in der Hoffnung, daß das „Volk“ ja nur einmal in vier langen Jahren etwas Wad in den Händen habe und sein schlechtes Gedächtnis sich nach Ablauf dieser Zeit nicht mehr zu erinnern vermöge werde, wenn sich das gleiche Schauspiel noch vier Jahren wiederholt.

Dieses Doppelspiel der bürgerlichen Parteien ist die unvermeidliche Begleiterscheinung des allgemeinen Wahlrechts, das die Masse bei den Wahlen zum ausschlaggebenden Faktor macht und die bürgerlichen Parteien zwingt, um ihre Gunst zu buhlen. Denn wenn die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf als das hervortreten würden, was sie im ökonomischen Leben und in ihrer parlamentarischen Arbeit wirklich sind — Interessenvertretungen kleiner Schichten der bestehenden Gesellschaft — dann würden ihnen sicher kaum so viele Hunderttausende Wähler folgen, als es jetzt noch Millionen sind. Das allgemeine Wahlrecht aber heranläßt das Bürgertum und die Kapitalisten immer wieder auf neue zu schmällichen Täuschungsversuchen, zu tausend nicht eingehaltenen Versprechungen, um die sehr geringe Zahl ihrer wirklichen Anhänger, die ihnen bewußt wegen der Vertretung ihrer Klasseninteressen folgen, durch die große Zahl der unangeführten und Irreführten zu vergrößern. Daher wendet sich z. B. die Deutsche nationale Volkspartei im Wahlkampf durchaus nicht nur an die Großgrundbesitzer und an die Aristokratie, deren Interessenvertretung sie als Nachfolgerin der alten konservativen Partei ist, sondern auch an die Kleinbauern und sogar an die Landarbeiter, deren Forderungen nach kurzer Arbeitszeit, ausreichenden Löhnen, menschenwürdiger Behandlung usw., dieselben Herren tagtäglich entchieden bekämpfen. Die Deutsche Volkspartei, die von den Schwerindustriellen ausgeht, wird, und ebenso wie früher die Nationalliberale Partei, nur für den Schutz der Interessen der Großindustrie arbeiten, wendet sich aber auch nicht nur an diese zahlenmäßig kleinen Kreise, sondern entläßt gegenwärtig eine fieberhafte Agitation unter dem Mittelstand, den Beamten, den Angestellten und Arbeitern, von deren Arbeit die Kapitalisten leben und die die Voraussetzung für ihr Wohlergehen ist. Dasselbe ist der Fall bei der Demokratischen Partei, deren ausschlaggebende Persönlichkeiten wie Siemens, Dernburg, Gottheil usw. offene Vertreter der kapitalistischen Interessen sind.

Internationale Anleihe für Deutschland

Der Wiederaufbau der deutschen Industrie.

H. N. London, 19. Mai.

Es wird mitgeteilt, daß die Pläne für eine internationale Anleihe für den Wiederaufbau der deutschen Industrie jetzt in gutte endgültig geregelt worden sind. England, Frankreich, Italien, Belgien, die Vereinigten Staaten, Holland, Dänemark und Spanien werden sich an dieser Anleihe beteiligen. Die Einzelheiten der Anleihe werden in der finanziellen Konferenz in Paris, wo auch die deutschen Delegierten anwesend sein werden, verhandelt.

Poincarés Rücktritt von der Wiedergutmachungskommission.

Paris, 18. Mai. (Gavas.)

Poincaré übermittelte Millerand sein Rücktrittsgesuch als Mitglied der Wiedergutmachungskommission. Millerand wird im Finanzausschuß und im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten am Sonntag über die Versprechungen von Orléans Bericht erstatten.

Englischer Protest gegen die polnische Offensive.

Amsterdam, 19. Mai.

„Laut „Telegraaf“ nimmt in England die Bewegung gegen den polnischen Feindzug in Rußland zu. Weinachtlich wird die Regierung im Unterhause wegen der Waffenlieferungen an Polen zur Rede gestellt. Die neue Protestkundgebung ist eine Erklärung von 17 bekannten gemäßigten Führern der englischen Arbeiterschaft, daß der polnische Feindzug den Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen vermehre, die Verzerrung vergrößere und auch sonst die Arbeiterinteressen schädige. Das Manifest schließt mit den Worten: Es scheint, daß die mächtigen Persönlichkeiten, die in Paris die europäischen Angelegenheiten leiten, einen neuen Krieg zu be-

ginnen wünschen; aber es wird von den Arbeitern abhängen, ob man imstande sein wird, diesen Krieg lange fortzusetzen.

Fortdauer der russisch-englischen Verhandlungen.

H. N. London, 19. Mai.

Obwohl die Sowjetregierung dem Völkerbunde eine Erklärung zustellte, sie habe beschlossen, wegen der Haltung der Entente-Länder hinsichtlich der polnischen Offensive die Unterhandlungen abzubrechen und keine Völkerbundskommissionen zuzulassen, gehen die Besprechungen in Kopenhagen weiter. U. a. ist auch die Frage der Zurückführung der britischen Kriegsgefangenen noch nicht geregelt, weil D'Ordy und Litwinow sich über die Art der Heimführung nicht einigen konnten.

Ein anderer Punkt ist die Regelung der Wiederaufnahme des Handels. Die britische Regierung hat versprochen, die Interessen des britischen Handels in Rußland zu unterstützen und hat Sicherheiten für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen verlangt. Rußland hat sich dazu bereit erklärt. Man will dem englischen Handel entgegenkommen. Dieser Handel beruht völlig auf der Kaufbasis. Die Hauptausfuhr Rußlands ist Getreide, und Rußland verlangt dafür Eisenbahnmaterial, Kleider, Leder, Motoren, Eisen und Stahl. Sobald das Eisenbahnmaterial eingetroffen ist, soll das russische Handelssystem völlig umgestaltet und besonders eine Reorganisation der Häfen vorgenommen werden. Aber die Austauschwaren, welche Rußland verspricht, befindet sich in der Hand der Deutern, die das Getreide nicht abgeben wollen, ohne daß sie vorher die englischen Austauschwaren empfangen haben. Selbstverständlich veranlaßt dies Schwierigkeiten, da England nicht geneigt ist, Waren zu schicken, ohne sofort Getreide dafür zu erhalten. Die dritte Schwierigkeit liegt darin, daß die russischen Konsumvereine, die vor dem Kriege 25 Millionen Mitglieder zählten, völlig neu organisiert und kräftiger gestaltet werden müssen, ehe sie in der Lage sind, die richtige Verteilung der von England zu liefernden Waren zu gewährleisten.

Am deutlichsten trat dieses Doppelspiel in Erscheinung, als vor Jahren in Oesterreich die fünfte Kurie des allgemeinen Wahlrechts als Ergänzung zu den bereits bestehenden vier Wahlkurien eingeführt wurde.

Man mußte jede bürgerliche Partei, die nicht das Gefühl des Wohlstandes ablegen wollte, in den breiten Massen überbewußt keinen Rückhalt zu besitzen, danach trachten, auch in dieser neuen Wählerkurie Mandate oder doch wenigstens namhafte Stimmengruppen zu ergattern. Und so waren die Parteien zu einem oft tragikomischen Doppelspiel gezwungen. Für ihre Wähler in der bevorrechteten Kurie, und insbesondere für ihre Protektoren und Geldgeber, hielten sie an ihrem alten, auf die Bedürfnisse ihrer Klasse zugeschnittenen Programm fest; für die fünfte Kurie aber mußten sie sich in demagogische Phrasen hüllen, ja, die Arbeitsteilung ging so weit, daß meist ganz andere Kandidaten und Agitatoren für die Wähler der fünften Kurie aufgestellt wurden als für die „feinere“ Gesellschaft der privilegierten Wahlkörper.

Wird dieses Spiel mit verteilten Rollen nicht aber noch heute in Deutschland aufgeführt? Die Salbung des Zentrums ist ein einziger Beweis dafür. Im agrarischen östlichen Westfalen repräsentieren z. B. die feudalen Zentrumsagrarien die Partei, im industriellen westlichen Westfalen die Berg- und Hüttenarbeiter. Der „Demokrat“ Erzberger darf die katholischen Bauern Württembergs für die Partei einspielen, während der konterbändig-gerichtete Trimborn in Köln die Großindustrie für die Zentrumspolitik zu gewinnen sucht. Und ist die im November 1918 vorgenommene Laufe der bürgerlichen Parteien von Konservativen Partei in „Deutsche nationale Volkspartei“, von Nationalliberale in „Deutsche Volkspartei“ von Fortschrittliche Volkspartei in „Demokratische Partei“, von Zentrum in „Christliche Volkspartei“, nicht ebenfalls ein deutlicher Beweis für die Schwindel aller dieser Parteien nach Veränderung ihres äußeren Seins und nach Täuschung der Wähler über ihre Vergangenheit und über ihre gegenwärtigen Absichten? Durch die Einführung des Frauenwahlrechts hat dieses Doppelspiel noch eine Verärfung erfahren. An dem Widerstand und der Feindschaft der bürgerlichen Parteien ist vor Revolution stets die Einführung des Frauenwahlrechts geheimer, dieselben bürgerlichen Parteien, die jetzt die Frauen umschmeicheln, weil sie wissen, daß ihre Un-

aufgeklärtheit und ihr geringes politisches Interesse sie einen Erfolg bei den Wahlen erhoffen läßt.

Das allgemeine Wahlrecht veranlaßt eben die bürgerlichen Parteien, sich während des Wahlkampfes ein anderes Gesicht zu geben als sie es in Wirklichkeit besitzen. Um den Kult in den breiten Massen nicht zu verlieren und um neuen Boden zu gewinnen, sehen sie sich gezwungen, neben ihrer eigentlichen Klassenpolitik noch eine demagogische und innerlich unwahre Politik des Wählerfangens zu betreiben. Sie stellen so diesem Zweck volkstümliche Forderungen auf und tun so, als ob sie ihre Durchsetzung erzwingen wollen, während sie sich im stillen der Hoffnung hingeben, daß diese Forderungen ja doch an dem Widerstand der anderen Parteien oder der Regierung scheitern werden oder, wenn trotzdem Geleß geworden, infolge des Widerstandes der Verwaltungsbureaokratie bloße Wunschreden bleiben werden.

Diese Zusammenhänge müssen alle Arbeiter, Angestellten und Beamten erkennen. Sie müssen einsehen, daß das wahre Wesen der bürgerlichen Parteien in der Vertretung derjenigen Schichten der Gesellschaft besteht, die an dem alten Zustand der Unterdrückung, der wirtschaftlichen Entrechtung und Ausnutzung der großen Massen der Bevölkerung ein Interesse haben. Sie müssen einsehen, daß diese Schichten es waren, die den Aufstieg der Arbeiter, der Angestellten und Beamten bisher stets verhindert, die ihnen auch jetzt nur Scheinfraktionen machen, während sie im Grunde ihres Wesens ihren Ansprüchen feindselig gegenüberstehen.

Die erfolgreiche Bekämpfung der bürgerlichen Parteien ist nur möglich, wenn alle Arbeiter, Angestellten und Beamten sich um die Fahne der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei klären, die auch während des Krieges das Banner der internationalen Solidarität und des Sozialismus hochgehalten, die Verwüstung an Menschenkraft und wertvollen Gütern entschieden bekämpft hat, die aber auch während der Revolution, umtötet von den leidenschaftlichen Angriffen ihrer zahlreichen Gegner den Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeutungstendenzen für die sozialistische Neugestaltung der Gesellschaft ohne Konzessionen an das Bürgertum mit aller Entschiedenheit geführt. Für sie müssen deshalb die Arbeiter, Angestellten und Beamten am Wahltag ihre Stimme abgeben.

Uns Anüppel-Kunzes Partei.

Im deutschnationalen Lager hat bekanntlich in den letzten anderthalb Jahren eine scharfe Rechtsentwicklung, verbunden mit einer immer größeren politischen Verrohung um sich gegriffen. Hervorgegangen aus der konservativen Partei, ist die deutschnationale Volkspartei zum Sammelbecken aller ultrareaktionären, rassistischen Elemente geworden, die nicht nur auf die offene Gegenrevolution und die Wiederherstellung der Monarchie hinarbeiten, sondern auch mit beispielloser Skrupellosigkeit, mit allen Mitteln der Lüge und des Betruges das gesamte politische Leben Deutschlands auf das Niveau der Pogromhetze herabdrücken. Die Folge dieser Wandlung in der deutschnationalen Volkspartei, die sich beispielweise darin ausdrückt, daß Leute, wie Anüppel-Kunze und Verlagsdirektor Wulle eine führende Rolle in dieser Partei spielen können, ist die, daß alle anständigen Elemente, angehend von dem ehrlichen Treiben der Kadaver-Antisemiten und Bogromisten, in Scharen die Partei verlassen.

Einen interessanten Einblick in den inneren Entwicklungsprozeß der deutschnationalen Volkspartei gewährt ein Artikel des bisherigen Generalsekretärs dieser Partei, Burgemeister, der im „Berliner Tageblatt“ die Ursachen seines Austritts aus der Partei schildert. Bekanntlich gab sich die deutschnationale Volkspartei im November 1918 ein Programm, in dem sie sich den damaligen Stimmungen anzupassen suchte. Im Wirklichkeit war dieses Programm Lüge und Trug, dazu bestimmt, unter Arbeitern, Angestellten und kleinen Beamten Stimmenfang zu treiben. Gesteuert durch dieses Programm führte Behrens der neugegründeten Partei, die an die Stelle der konservativen Partei treten sollte, die Trümmer der evangelischen Arbeiterverbände zu; Kardorf, der jetzt aus der Partei ausgeschieden ist, kam zu den Freikonservativen; Traub, der famose Kapp-Minister, der jetzt heftig verfolgt wird, und der sozialistische Renegat Maurenbrecher rückten mit den Vaterlandsparteilern an, die bekanntlich die treibende Kraft der alldeutschen-annexionistischen Hebe während des Krieges gewesen waren. Zahlreiche entthronte Größen des alten Systems mußten der neuen Partei den alldeutschen Geist ein, der alldeutsche-annexionistische finanzielle, ohne allerdings seine organisatorische Selbstständigkeit preiszugeben, weil der Führer der Konservativen, Graf Westarp, auch die neue Partei den Zielen der völkisch-konservativen Serrentaste dienlich zu machen suchte.

Herr Burgemeister schildert nun, wie der von Graf Westarp geführte konservativ-alldeutsche Flügel das ganze Jahr 1919 hindurch gegen die Richtlinien des November-Programms ankämpfte und die ganze Partei in die Bahn einer exzessiven Wählmache und Umsturzpropaganda drängte. Schon im Herbst 1919 sah sich die Parteiposition, die mehr und mehr in die Defensive gedrängt wurde, genötigt, gegen die jetzt von den Deutschnationalen so schamhaft abgelehnten Putschabsichten Stellung zu nehmen. Die eigentlichen Träger des putschistischen Gedankens arbeiteten mehr und mehr mit einem Appell an die monarchistische Sentimentalität, mit der sie unreihe politische Elemente zu fördern suchten. Es kam die Legende auf von der „Erdolung der Front“ durch die Heimat, und diese alldeutsche Lüge wurde immer folgericher in ein System gebracht und der Parteimitgliedschaft im Vertrauen auf die Denkräufigkeit und Vergeßlichkeit der unaufgeklärten Masse ausgezungen. „Es wurde zum Dogma — schreibt Herr Burgemeister —, daß die Revolution den Verlust des Krieges herbeigeführt habe, so augenscheinlich dies zwar allen geschichtlichen Tatsachen widerspricht. Auch hier drang die unter Mitwirkung des Parteivorstandes Herr Gerdt mundtot gemachte Opposition nicht durch, da es sich hier ebenfalls um ein Glied in jener Kette handelte, die der Vorbereitung des Staatsstreiches im März dieses Jahres dienete.“

Sand in Sand mit dieser verlogenen Propaganda ging die antisemitische Hebe der alldeutschen Gegenrevolutionäre, die von Monat zu Monat an Schärfe zunahm und schließlich derart pathologische Formen annahm, daß selbst Wilhelm II. und die Führer der Deutschnationalen

Volkspartei von der „Judendieberei“ der teutonischen Rassenatiker und Hofanbeter nicht mehr sicher waren. Auch dagegen kämpfte, wie Herr Burgemeister erklärt, die Parteiposition an.

Die Parteiposition erkannte sehr richtig, daß hier ein Nischenkampf an Geld und Scharfsinn in den Dienst der alldeutschen-militaristischen Reaktion gestellt wurde. So wandte sie sich mit aller gebotenen Schärfe gegen die demagogische Gleichsetzung einer nach politischer und sozialer Gleichberechtigung trachtenden Denkart mit speziell jüdischem Wesen und kennzeichnete diesen Schlich als den Quell einer beispiellosen Vergiftung des öffentlichen Lebens, der es politisch unfaulteren Gläubigern ermöglichte, durch wüsten Indogeschimpfe unreihe Menschen zu einer Stoßtruppe gegen freiheliche Entwicklung und sozialen Fortschritt heranzubilden. Putschismus, alldeutsche Zusammenbrüchlinge und Antisemitismus waren dadurch einwandfrei als Teilschatten eines großen Bannes erwiesen, der die Republik zum Zusammenbruch führen und für eine Sabelkattatur die Bahn freimachen sollte.

Die Ausführungen des bisherigen Generalsekretärs der deutschnationalen Volkspartei sind insofern vernünftig für diese Partei, die nun von einem Manne, der ihr ganzes inneres Getriebe aus eigener Anschauung kennt, öffentlich gebrandmarkt wird als eine Partei der Lüge und des Betrugs, die auf die Beseitigung der Republik und auf die Sabelkattatur hinarbeitet. Es ist begreiflich, daß die konservative Presse über die Veröffentlichungen des Herrn Burgemeister zunächst sprachlos ist. Doch Herr Wulle in der „Deutschen Zeitung“ sammelt einiges über den Verrat des „Renegaten“ Burgemeister, an dem er persönlich kein gutes Haar mehr läßt, und geht dann, ohne auf die klar vorgebrachten Anklagen des bisherigen Generalsekretärs seiner Partei einzugehen, zur Verteidigung des Grafen Westarp über, der stets für die Interessen des „Mittestandes“ gekämpft habe. Mit dieser demagogischer Wendung sucht Herr Wulle die Brandmarkung seiner Partei durch ihren bisherigen leitenden Beamten aus der Welt zu schaffen. Doch dieses Verlegenheitsmanöver kennzeichnet am besten die Tatsache, daß die Partei Anüppel-Kunzes durch die Aufdeckung ihres inneren Parteibetriebes einen Schlag erhalten hat, von dem sie sich nicht so leicht wieder erholen wird. Sache unserer Genossen muß es nun sein, diesen Kampf gegen die alldeutsche-annexionistische Volkspartei, der in Wahrheit ein Kampf gegen die reaktionären Umstürzler und Putschisten ist, fortzuführen und den unaufgeklärten Massen, die sich durch die verlogenen Whoren dieser Leute einfangen lassen, die Augen zu öffnen über eine Partei, von der sich ihre eigenen Führer mit Ekel und Verachtung abwenden.

Die Wahlen in Braunschweig.

Inser Braunschweiger Parteiblatt schreibt zu dem Wollaufall der Landtagswahlen:

Nun müssen sich auch die Rechtssozialisten entscheiden. Wollen sie sich auf den Boden des Massenkampfes stellen und mit uns mit allen Mitteln des politischen, wirtschaftlichen und parlamentarischen Kampfes den Kapitalismus und damit die Reaktion niederringen — der Wollaufall zeigt ihnen, daß ihnen nichts anderes übrig bleibt: als mit uns gegen die bürgerlich-kapitalistischen Parteien oder mit den bürgerlich-reaktionären Parteien gegen uns und die sozialistische Arbeiterkraft zu kämpfen — dann wird die Reaktion ihre Niederlage auch im Reich erleben und damit der Sieg des Sozialismus vorbereitet. Wenn sie jetzt nicht den Weg zum revolutionären Sozialismus zurückfinden, dann sind sie verloren für die proletarische Sache, dann gehören sie zu der einen reaktionären Masse, die die Arbeiterkraft als ihren Todfeind betrachten, der niedergeworfen werden muß.

Und über die Kommunisten, die in Braunschweig immer einen großen Ansehensstand genießen haben und nun bei den Wahlen gänzlich unter den Tisch gefallen sind, urteilt unser Bruderblatt:

Die kommunistische Partei konnte nicht einmal so viele Stimmen aufbringen, wie auch nur einen Abgeordneten ihrer Liste zu einem Mandat zu bringen. Die Massen der Arbeiter in Braunschweig haben ihr Gericht über die A. P. D.

Auch die deutsche Revolution von 1918 wird aus der Bürgerperspektive betrachtet, und wird in ihren Zielen für das Meer recht kleinlich bewertet. Die Aufzählung sogenannter revolutionärer Theorien ist erstreckt sich auf teilweise ganz belanglose Werke und übergeht wohl wichtigere Stücke, die aus der Revolution und der ganzen gespannten Atmosphäre der Gegenwart geboren sind. Von Rubiner, Zoller, Dancicler und anderen inmecht bemerkenswerten Erscheinungen ist überhaupt nicht die Rede. Der Verfasser scheint auch in der Kunst ein wertschöpfender Anhänger der „Kosmopolit“ zu sein. Die durch die Revolution geschaffene Einrichtung der Kunstrevue und anderer gar nicht revolutionärer, sondern einfach sozialer Versuche wird von ihm als unmaßstäblicher Einmischung betrachtet. Sein Buch ist von der Revolution wenig befruchtet und bietet nur als historischer Nebenbild für Hochschule und Freunde des Theaters einigermaßen wertvolle Belehrung.

Mit dem Theatertitel beschäftigt sich von einer anderen Seite ein Buch des bekannten Berliner Bühnenmeisters Rudolf Bernauer. Es ist im Verlag Erich Reich, Berlin, erschienen und behandelt die Fortsetzungen der reinen Schauspielkunst. Tutel das oben erwähnte Widmannsche Buch als lehrhaftes Sammelwerk an, so hat man es hier etwa mit dem Bewußtsein einer philosophischen Doktorarbeit zu tun, die auf erkenntnistheoretischen Wegen zum akademischen Preise strebt. Man hätte gewünscht, daß die langjährige Bühnenpraxis des Verfassers ihn zu fruchtbareren Reflexionen für das Theater geführt hätte, als es ihm in den spanischen Stücken eines logischen an Kunst geäußerten Wissenschaftlichkeit gelungen ist. Die sehr abstrakten Formalisierungen klingen so außerordentlich geistlos und unverständlich, aber sie umfassen doch nur eine oft wohl wesenlose Dogmatik, die in Worten der Logik einen reinen Schauspielkunst ist. Scheitern wird auch manche durchaus brillante Auffassung der Kunst, z. B. wenn die grundlegenden Elemente, d. h. urtümliche sozial und artistisch führende Sanktionen als „Kernkraft der Materie“ aufgeführt oder ganz ernsthaft von einer „Kunst“ des Gemäldezeichnens gesprochen wird. Derartige nicht denn doch noch unter der sonstigen akademischen Schamhülle verborgen, die der Tod aller wahren Kunst ist. Mit einer formalwissenschaftlichen Terminologie, mit Fremdwörtern und Begriffsnetzen läßt man der lebendigen Schauspielkunst vorzuziehen. Herr Bernauer plagt sich in seiner freien Zeit, soweit er nicht die Direktionsführung dreier Berliner

Wahlen. Das Resultat ist vernünftig. Selbst dieser Putsch sei zugute gehalten, daß sie über keine Presse verfügten, so verfügte sie doch über gelebte Schreier. Aber bei den Schreibern ist eben nicht die klare, bewusste, sozialistische Politik. Es ist das Schwanken bei ihnen. Das Ergebnis der Wahl für die Kommunisten ist dahin. Sie sind zurückgefallen auf das, was sie wirklich sind: Ein kleiner Bruchteil der Masse des sozialistischen Proletariats, die sich von ihnen wohl nicht länger verwirren und in ihrem schlichten, bewußten und klaren Kampf um die Eroberung der politischen Macht unter der Führung der U. S. P. D. nicht weiter führen läßt.

Die Reichstagswahlen werden wohl diese Tatsache noch schärfer hervorheben lassen. Erst da wird sich zeigen, was an wirklicher Macht hinter den allezeitigen Großhinter der Revolution und des Sozialismus steht.

Der Skandal.

Diese Regierung, die Angst kloppert, sobald sie auf irgendeine Gewaltmaßnahme gegen die Arbeiterkraft verstanden soll, scheint wirklich den Belagerungszustand während der ganzen Wahlzeit aufrechterhalten zu wollen. Daß diese Maßnahme völlig ungerechtfertigt ist, wissen natürlich auch die Rechtssozialisten. Die Heigheit der Regierung ist ihnen zudem gegenwärtig sehr unangenehm, weil die Beibehaltung des Belagerungszustandes nicht verfehlen kann, den Wählern über den wahren Charakter der Koalitionsregierung die Augen zu öffnen. Deshalb fordert auch der „Vorwärts“ die Beseitigung des Belagerungszustandes und führt dafür auch das Reuigen des Berliner Polizeipräsidenten Richter an, der sich bereits früher für die Aufhebung ausgesprochen hatte. Richter erklärt nun auf eine Anfrage des „Vorwärts“:

„Von meinen damaligen Ausführungen habe ich keine Silbe zurückgenommen. Niemand bedauert mehr als ich, daß der Standpunkt der gänzlichen Heberfähigkeit des Ausnahmezustandes bei der entscheidenden Reichstagswahl, der ich unterstehe, nicht durchgedrungen ist. Als Justizminister und Polizeipräsident muß ich mich selbstverständlich der Entscheidung des Reichsministeriums des Innern fügen. Aber ich erkläre: Solange ich diese Funktionen behalte, wird in Preußen und Brandenburg, sofern keine wirklich außerordentlichen Ereignisse eintreten, keine einzige Maßnahme auf Grund des Belagerungszustandes getroffen werden!“

So weit, so gut. Ganz anders liegen aber die Verhältnisse einmal in Bayern, wo der Belagerungszustand in der insamsen Weise zur Behinderung unserer Wahlaktion und zur Einstellung unserer Zeitungen angewandt wird. Dort ist er zugleich ein Mittel, um die Sammlung des konterrevolutionären Putschismus zu erleichtern.

Ähnlich liegen die Verhältnisse im Ruhrgebiet. Dort bedeutet Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes das Fortwähren der außerordentlichen Kriegsgerichte; er bedeutet, daß unsere Parteifunktionäre sich zum Teil verbergen oder flüchten müssen, daß unsere Wahlorganisation außer Acht gelassen ist. Daran werden auch die neuen Bestimmungen des Reichsministers noch nichts ändern, denn die reaktionäre bayerische Regierung und die Militärbefehlshaber pflegen bekanntlich auf Anordnungen der Reichsregierung, soweit sie ihnen nicht passen.

Tatsächlich verantwortlich aber für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes und insbesondere für die Beibehaltung der außerordentlichen Kriegsgerichte ist nicht nur die Koalitionsregierung, sondern auch Herr Ebert. Er, der Mitträger des Moskiewsystems, sucht von diesem System auch nach Beseitigung Moskes möglichst viel zu erhalten und seine Bestätigung der Todesurteile beweist, wie sehr er das Wirken der außerordentlichen Kriegsgerichte respektiert.

Auch über diese Rechnung wird die Arbeiterkraft bei den Wahlen die Quittung ausstellen.

Die Wirtschaftskrise. In Virmasens haben vier große Schmelzfabriken den Kontakt eröffnet. Weitere 12 Fabriken mußten schließen und die Arbeiter entlassen. In den Schmelzfabriken liegen Millionen fertiger Waare, ohne daß seit Wochen irgendein Absatz zu verzeichnen wäre.

Bühnen in Anspruch nimmt, im Zusammenhang mit diesen akademischen Studien, auch noch mit der Frage, ob in diesem „anarchischen Betribel die Besonnenen über die Besessenen triumphieren werden“; und er zweifelt ängstlich, ob die neue Zeit die beiden Massen zur Kunst hinauf oder die Kunst zu den beiden Massen hinabdrücken wird. Mit dieser völlig wirren Fragestellung beweist er aber nur, daß er bei allen spekulativen Uebungen um der Ideologie einer reinen Schauspielkunst willen den organischen Zusammenhang zwischen Kunst und Volk ganz außer acht ließ.

„Mord der Mörder, der Ermordete ist schuldig.“

Ein glühendes Wohlgefühl verströmte Wiesel in Versen und stellte sich immer unmittelbar als Mensch zum Menschen. Nun machte er ein prunkloses Wofabuch, das in einer Forderung an den Menschen spielt, Europa verflagt und den Kampf gegen die patriarchalische Weltanschauung mit ihren Formen in Religion, Staat, Gericht, Arme und Industrie führt. Auch Wiesel bringt mit hoherfüllter, aber ehrender Wucht gegen den Vater an. Er schildert das verfluchte Wes eines jungen Vorgesetzten, der in einem Offiziershaus gemeldet eine traurige Jugend verlebte, aus der Tüchelt des Vaters in die Tüchelt des Heeres überleitet wird, wider Willen Offizier spielen muß, in einer Kartennacht hingeworfen und endlich entschlossen ein Ende macht, aber zuletzt nach Amerika geht und Farmer wird. Die Weisheit von Voltaire's Candide leuchtet auf: „Nicht uns unsern Väter bedauern“. Es ist aber notwendig, in Europa zu bleiben, den aufreißenden, erbitterten Kampf mit allen reaktionären Mächten zu führen, selbst wenn man wie dem tommenden Morgen leben sollte. Es ist auch über möglich, die Welt ein solches Bedenken, in dessen Sinn der Kapitalismus (schlägt), einbringlicher zu gestalten.

Aber was in diesem Buche tiefer berührt, ist eine sehr lebendige Sprache, ein schärfer Ausdruck, immer greift ein edler Mensch an das Herz seines Nächsten und bleibt ohne Arg verträumt sein Innerstes dar. Durch eine Race, heitere Lust klingen die tonantischen Töne einer Kunst, die heute in deutscher Sprache nur dieser Wiesel macht, und ich glaube, daß diese Drogenklinge jedem Genossen lesbar sind. Er steht einer dahin-

*) Franz Wiesel. Mord der Mörder, der Ermordete ist schuldig. Eine Novelle. Kurt Wolff Verlag, München 1920. Gebunden 2. 50.

Theater und Revolution.

Unter diesem Titel hat W. Widmann im Verlag Cestefeld u. Co., Berlin, ein Buch erscheinen lassen, das außer einigen interessanten Bildern und einem brauchbaren Anzeigen- und Literaturverzeichnis zu dem bedeutsamen Thema wenig Neues oder Aufschlußreiches enthält. Manche Blüchlein, Jettümer und Druckfehler hätten bei größerer Sorgfalt vermieden werden können. Der politische Einfluß des Theaters auf die Revolution und der Revolution auf das Theater wird erst vom 18. Jahrhundert an geschildert, wobei natürlich Beaumarchais' „Figaro“ und Schillers gegen die Tyrannen gerichtete „Mäurer“ den Hauptanteil haben. Vieles bleibt lüdenhaft trotz einiger Materialzusammenfassung, der nur die selbständige geistige Durchdringung und Gestaltung fehlt. Der Verfasser verarbeitet den Stoff mit bloß schulmeisterlicher Anknüpfung. Manche Einzelheiten haben sich heraus. In den Jahren 1780 bis 1790 beherrscht den Spielplan der französischen Bühnen ein Kauerpiel, dessen Held der theokratische Mäurerführer Spartacus ist. Verfasser war der Pariser Dramatiker Bernard Joseph Saurin. Von ihm angeregt, begann auch Lessing den später heftigsten geschobenen Entwurf einer antityranischen Tragödie „Spartacus“ oder das befreite Rom“. Er wollte aus dem Spartacus einen Helden machen, „der aus anderen Augen sieht als der beste römische“. 1845 hatte am Wiener Burgtheater das Spartacusdrama des Proger Arztes und Schriftstellers Dr. Diogenes Wober (mit Hebbels späterer Gattin Christine Angbaus in der weiblichen Hauptrolle) nachhalligen Erfolg. Auch Hebbel selbst beschäftigte sich eine Zeitlang mit der Abfassung eines sozialen Spartacusdramas, ebenso Arnold Müge, der hierzu durch die im Wiener Kellertheater aufgeführte Marmorhülle des Skandinavienbelteiers seine Plastik des französischen Bildhauers Denis Dohotier) angeregt wurde.

Weniger als von der ehemaligen großen französischen Revolution enthält das Buch von der neueren russischen Umwälzung, wie es überhaupt zur Verehrung der Völker eine launige bürgerliche Haltung einnimmt. Von der neuen Bekämpfung der Kulturverhältnisse in Russland, von der neueren, gewaltigen und umfassenen Bildungsarbeit des Volkskommissars Leninschewski findet sich in der ganzen Darstellung kein Wort. (Dafür aber einige Nebenfiguren über den Kopf, den Boden dem Deutschen Reich für die ihm geliebte Bewegungsarbeit schube,

Betriebsräte und Gewerkschaften.

Die Berliner Verwaltungsstelle des Holzarbeiterverbandes hatte zum Dienstag, dem 15. Mai, die Betriebsräte der Holzindustrie und die erweiterte Verwaltung nach der „Neuen Welt“ befragen, wie am Tage vorher die Metallarbeiter, zur Frage der Organisation der Betriebsräte Stellung zu nehmen.

Der Bevollmächtigte Siegle ging einleitend auf die bestehenden Differenzen zwischen der Berliner Gewerkschaftskommission und der Betriebsrätezentrale ein. Er betonte, daß in der Forderung der Betriebsrätezentrale dadurch eine Wandlung eingetreten ist, daß R. Müller in der gestrigen Betriebsräteversammlung der Metallarbeiter ausgeführt hat, daß die Gewerkschaften berechtigt sind, ebenfalls eine Zusammenfassung der Betriebsräte vorzunehmen. Siegle gab dann eine chronologische Darstellung über die Vorgeschichte des Konflikts und den zwischen den Gewerkschaften, Betriebsräte und Betriebsrätezentrale geführten Verhandlungen. Siegle betonte nochmals, daß es nicht der Zweck der Gewerkschaften sei, sich nicht von dem Boden des revolutionären Klassenkampfes abdrängen zu lassen, und daß sie dafür Sorge zu tragen hätten, daß die Einheitsfront des revolutionären Proletariats hergestellt werde. Die Berliner Gewerkschaftskommission würde sich in ihrer übertriebenen Behauptung niemals zu dem Prinzip der Arbeitsgemeinschaft bekennen. Wir erkennen die Schaffung von Industrieorganisationen, ganz besonders um die Schulung der Betriebsräte in wirksamer Weise durchzuführen zu können. Wenn neben den Gewerkschaften eine Betriebsorganisation bestehen soll, die sich mit gewerkschaftlichen Dingen befaßt, dann muß die Frage beantwortet werden, wer die Finanzierung der kommenden Kämpfe übernimmt. Das können nur die Gewerkschaften und deshalb werden wir uns nie damit einverstanden erklären können, daß eine Separatorganisation die Leitung dieser Kämpfe in die Hand nimmt. Wir sind aber noch wie vor zu einer Verständigung mit den Genossen in der Betriebsrätezentrale bereit, im Interesse der proletarischen Einheitsfront. (Beifälliger Beifall.)

Der Vorsitzende der Berliner Gewerkschaftskommission Ruch war von der Verwaltung als Referent bestellt. Er führte aus: Wir haben nicht nur darauf zu sehen, daß die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes bewirkt werden, sondern müssen in erster Linie den Kampf mit den Unternehmern aufnehmen und deren bereits getroffenen und geplanten Maßnahmen wirksam entgegenwirken. Die Unternehmerorganisationen haben in zahlreichen Rundschreiben ihre Mitglieder angewiesen, alle einzigermaßen günstigen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes zu annullieren. Dem Reichstag liegt gegenwärtig ein Gesetzentwurf vor, der eine sogenannte „Schlichtungsordnung“ schaffen will. Sollte dieser Entwurf Wirklichkeit werden, so haben wir ein Antikriegsgesetz schlichter Art. In einzelnen Bestimmungen des Entwurfs weist Ruch dies nach. Ganz besonders wird das Streikrecht völlig unmöglich gemacht. Ruch ging dann auf die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft ein. Er sagte, daß die kommenden Kämpfe keine Lohnkämpfe sein können und werden. Angesichts der schweren zu erwartenden Kämpfe müssen wir den Bestrebungen der sozialistischen Einzelkämpfe und -aktionen die Parole der Geschlossenheit des kämpfenden Proletariats entgegenhalten. Dazu brauchen wir

revolutionäre und revolutionierende Gewerkschaften.

Wir stimmen alle darin überein, daß die Gewerkschaften erst revolutionär werden müssen. Wir sind auf dem besten Wege dazu. Darum geht es nicht an, daß unsere besten und schätzenswerten Köpfe in Sonderorganisationen diesen Bestrebungen entgegenarbeiten. Wir sind bereit, mit führenden Personen der Betriebsräte im Rahmen der Gewerkschaften unter Wahrung der Selbstständigkeit der Räte gemeinsam mit der politischen Partei zusammenzuarbeiten. Denn werden wir gemeinsam die Idee der Arbeitsgemeinschaft besser und wirksamer bekämpfen können. Wenn wir noch einmal Verhandlungen mit der Betriebsrätezentrale beginnen, dann werden wir ein diesbezügliches Programm beizufolgen. Wir fordern die Schaffung von Industrieorganisationen zur Bildung der Einheitsfront des revolutionären Proletariats im Interesse der Weiterentwicklung der sozialen Revolution.

In der Diskussion erhebt zuerst Richard Müller von der Betriebsrätezentrale das Wort. Er wachte im wesentlichen dieselben Ausführungen wie am Tage vorher bei den Metallarbeitern. Über die in Nr. 180 ausführlich berichteten. Hervorzuheben ist, daß Müller unter dem Beifall der Versammlung betonte, daß die Betriebsrätezentrale bisher mit allen Gegnern der Räte fertig geworden ist. In Ruch's Antwort sagte er: Wir sind mit Ruch und der S. P. D. fertig geworden und wir werden auch mit der Berliner

geschiedenen Mutter ein Denkmal mit den Worten „sie hat geübt, ohne zu wissen, daß sie stirbt“. Er gibt seinem „Helden“ ohne Heidenpapstos, dieser wernerischen Dostojewskij, einen russischen Jug, wenn er ihn dies Gefühl empfinden läßt: „Auf meiner Seele lastete die Ueberzeugung meiner Mitschuld an jedem Verbrechen“. Und er schenkt demselben Menschen eine so tieftraurige Erkenntnis in jenem Augenblick, als er den Vater läßt: auch du wirst einmal Vater werden und der Verfolgung preisgegeben sein. Er neigt sich nicht nur zu allen kühnsten jenseitigen Gedanken „guten“ Gesellschaft herab, sondern lebt mit ihnen, macht sie ihnen gleich und duldet für sie. — Dies alles mag in der Darstellung nur mangelhaft sein. Aber der Ruf dringt trocken, allem durch: „Wir leben, um zu reizen“ — wir sind bereit, eine neue Wirklichkeit zu schaffen. Und eine Waffe erlangt, die nur ein Dichter machen kann. Laßt sie reden und lebst. Kurt Herpin.

Beauftragter Gabelin hat bereits heute an der holländischen Reichsversammlung die öffentliche Antikriegspropaganda über „Krieg und Relativitätstheorie“. Gabelin wird in der naturwissenschaftlichen Fakultät der Leidener Universität über die drei Methoden lang öffentliche und Privatvorlesungen halten, seine Lesarten an der Berliner Akademie der Wissenschaften und als Leiter des Instituts für Physik in Stralsund weiter beibehalten. Das Lehramt in beiden ist vorläufig auf drei Jahre festgelegt.

Die Westend-Gesellschaft, die ab 1. Juni das Kleine Schauspielhaus auf mehrere Jahre gemietet hat, hat zum Mitarbeiter den Berliner Theaterdirektor Maximilian Glade. Die neue Direktion eröffnet am 1. Juni ihr Theater mit einer Aufführung von Molnars „Der Leibgarde“, mit Ade Dorich und Alfred Abel in den Hauptrollen. Außerdem sind folgende Werke zur Aufführung erworben worden: „Die Kindertragedie“ von Karl Schönherr, „Der Jentour“ von Georg Kaiser, „Amphitryon“ von Moliere in der Neuaufarbeitung von Kumpf.

Das Reichs-Gesetzblatt (Republik Nr. 68) Weib am Freitag, den 21. Mai, wegen Vorbereitung zu der am Sonntag um 7 Uhr stattfindenden Aufführung „Die Gewandlosen“ von Ludwig Rübner, geschlossen. — Arbeiterorganisationen erhalten beherrschend ernährte Preise.

In der Kassekasse wird als letzte Ausführung dieser Ausgabe ein letzter Abend vordereit: Adolf Lassermann „Eine Kampagne“, und Johann Heinrich Voss mit Bezug in zwei Akten „Die Schicksale des Königs“.

Im Großen Schauspielhaus kommt demnächst „Julius Caesar“ zur Aufführung mit Werner Krauß als Caesar und Colli als Marc Anton. Es folgt als nächste Aufführung zum „Cassius“ mit Elie Weiss in der Titelrolle.

Gewerkschaftskommission fertig werden. Im übrigen wandte sich Müller sehr scharf gegen die gewerkschaftliche Inkongruenzpolitik, deren grimmiger Gegner er vor, während und nach dem Kriege gewesen ist und auch ferner bleiben wird. Nicht die Inkongruenz der Gewerkschaftsbürokratie, sondern die Betriebsräte müssen die Träger der zu führenden Kämpfe sein. Ein großer Teil der Gewerkschaftsführer stemmt sich der Schaffung von Industrieorganisationen entgegen, weil sie befürchten, daß durch ihre Forderungen zu verlieren. Dies trifft im besonderen auf die Arbeiterorganisation zu. Die sind gern bereit, die kommenden Kämpfe mit den Gewerkschaften gemeinsam zu führen.

Nachdem die Betriebsrätezentrale letzte in längeren Ausführungen keinen Standpunkt dar, dem er in einem Artikel in Nr. 182 bereits Ausdruck verliehen hat.

Nach einem Schlußantrag und einem kurzen Schlußwort Ruch's stimmte die Versammlung folgender Resolution zu:

Die versammelten Betriebsräte und Funktionäre des Holzarbeiterverbandes Berlins verpflichten ihre Vertreter in der Berliner Gewerkschaftskommission, dafür zu wirken, daß sofort eine Verständigung mit der Zentrale der Betriebsräte, Münchstraße, über die Abgrenzung des Tätigkeitsgebietes der Gewerkschaften und der revolutionären Arbeiterorganisation erfolgt.

Die Versammelten sind fest entschlossen, jeder Tätigkeit irgendeiner Gewerkschaftsinstanz, die auf die Zerschlagung der revolutionären Klassenfront des Proletariats und die Verhinderung des Aufbaus einer revolutionären Arbeiterorganisation hinführt, den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen.

Nach einem weiteren Antrag ist die Leitung des Holzarbeiterverbandes verpflichtet, sofort nach den Verhandlungen mit der Betriebsrätezentrale Bericht über das Ergebnis zu erstatten.

Ferner wurde eine Resolution angenommen, die gegen die Schandwirtschaft im Ruhrgebiet protestiert und von der Gewerkschaftskommission Schritte gegen die Gewalttätigkeit verlangt.

Ein Vertreter der Betriebsrätezentrale gab bekannt, daß die Versammlung der Betriebsräte der Holzindustrie, die für Mittwoch, den 19., in der Neuen Welt einberufen ist, ausfällt.

Der Herd der Reaktion in Bayern.

General Lüttich, Oberst Bauer und Major Bischoff haben ihren Aufenthaltsort und das Ziel ihres Wirkens nach Bayern verlegt. Sie sind dort im Begriff, die Organisation zu schaffen, mit deren Hilfe sie nach immer ihre alten Pläne durchsetzen zu können. Die bayerische Regierung, die ohne Zweifel sowohl vom Aufstand als von der Tätigkeit der sozialistischen Verschwörer unterrichtet ist, hat bisher nicht das Geringste unternommen, um den Aufstand zu verhindern, der gegen alle drei verlegt, durchzuführen und ihrem Treiben ein Ende zu bereiten. Es ist bezeichnend für die Zustände in Bayern, daß auch die Reichsregierung machtlos ist und nichts gegen die Neuerer zu unternehmen wagt, weil sie befürchtet, daß daraus ein Konflikt mit der bayerischen Regierung entstehen könnte.

Ein Reichsamt für Arbeitsvermittlung.

Der Ausschuss für Volkswirtschaft hielt am 17. und 18. Mai Sitzungen ab, in denen eine Verordnung über die Auflösung eingetragener Genossenschaften sowie eine Verordnung über die Regelung der Schwefelsäurewirtschaft genehmigt wurde. Mit schwacher Mehrheit wurde auch der Entwurf der Verordnung über die Regelung der Teerwirtschaft angenommen. Die Zahl der Mitglieder des Wirtschaftsverbandes zur Regelung der Teerwirtschaft wurde etwas erhöht und hinsichtlich der Benennungskörper einige Änderungen vorgenommen.

Angenommen wurde ferner eine Verordnung über die Errichtung eines Reichsamts für Arbeitsvermittlung. Nach § 1 der Verordnung wird zur Beobachtung des Arbeitsmarktes und zur einheitlichen Regelung der Arbeitsvermittlung ein Reichsamt für Arbeitsvermittlung errichtet. Ihm liegen u. a. folgende Aufgaben ob:

- die Beobachtung des Arbeitsmarktes und die Herausgabe laufender Veröffentlichungen über seine Lage sowie die Ausübung eines Ausdrucks von Angebot und Nachfrage zwischen verschiedenen Gebieten und Berufen;
- im Einvernehmen mit den obersten Landesbehörden die Aufsicht über alle Einrichtungen, die für die Zusammenfassung der Arbeitsnachfrage größerer Gebiete bestimmt sind, sowie die Aufsicht über Arbeitsnachweise jeder Art und über die gewerkschaftliche Stellenvermittlung;
- die Regelung der Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer;
- die Durchführung der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getroffen werden;
- die Sammlung der Tarifverträge und ihre Auswertung;
- die Beobachtung der Ausstände und Aussperrungen;
- die Beobachtung der Entwicklung der Berufsbezeichnungen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Das Reichsamt wird ermächtigt, mit Zustimmung der obersten Landesbehörden seine Aufgaben und Befugnisse auf Arbeitsnachweisinrichtungen zu übertragen und zu bestimmen, daß Zuwiderhandlungen gegen die von ihm erlassenen Bestimmungen über die Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft werden.

Solidarität der italienischen Eisenbahner.

Reland, 15. Mai. Die Eisenbahner von Brescia wählten sie, einen von Frankreich kommenden Jug mit Arlesdamm, der nach Bukarest bestimmt war, weiterzuleiten, da es sich um Arlesdamm handelt, das zum Kampfe gegen Sowjetrußland verwendet werden sollte.

Küsterland und Armenien.

Nach einer Konstantinopler Meldung der „Times“ berichtet ein armenisches Blatt, daß die russische Küsterregierung Armenien die Annäherung amtlicher Beziehungen vorschlagen und sich dabei erboten hat, Armeniens Souveränität anzuerkennen. Die armenische Regierung hat Delegierte ernannt, die bereits die Wege nach Sowjetrußland passiert haben.

Dankagung.

Da es mir unmöglich ist, jedem einzelnen für die anlässlich des Todes meines Mannes mir zugegangenen Beweise der Verehrung und Teilnahme zu danken, werde ich auf diesem Wege allen Genossinnen und Genossen meinen warmen Dank aussprechen.

Kathilde Barm.

Berlin, den 18. Mai 1920.

14. Verbandstag des Schneiderverbandes.

Vom 5. bis 14. Mai tagte in Nürnberg der Verbandstag des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands. Die Opposition war auf dieser Tagung ziemlich stark vertreten, und die gegenwärtigen Meinungen richteten einige Male heftig aufeinander. Schon am ersten Verbandstag sahen wir es zu einer stürmischen Debatte, da die Randalk-Präsenzkommission die Berliner Mandate für ungültig erklärte, weil angeblich bei der Wahl schwere Verstöße gegen das Statut vorgekommen sind. Schumacher-Berlin bestritt dies energisch. Die Debatte setzte sich auch am zweiten Tage fort und endete mit einem neuen Antrag der Mandatsprüfungskommission, daß 9 von den 18 Berliner Delegierten auszuscheiden hätten und durch 9 andere zu ersetzen seien. Darauf gaben die Berliner Delegierten die Erklärung ab, daß sie, wenn dieser Antrag angenommen würde, den Verbandstag geschlossen verlassen würden. Die Mandatsprüfungskommission zog sich daher noch einmal zurück und beschloß nummehr, daß eine Spaltung des Verbandes zu vermeiden, den Berliner Delegierten gestattet wird, ihre Mandatsrechte auszuüben. Die vorgelassenen Unregelmäßigkeiten würden aber entschieden verurteilt. Das Statut soll demnach abgeändert werden, daß beratende Vorkommnisse in Zukunft ausgeschlossen sind.

Der nun zur Erledigung gelangende Geschäftsbericht des Vorstandes entfiel eine neue lebhaftere Debatte. Schumacher-Berlin und andere Redner der Opposition forderten lebhaft die Aufgabe der politischen Neutralität und scharfe Betonung des Klassenkampfcharakters der Organisation. Pöhlke-Berlin brandmarkte mit größter Schärfe die Koalitionspolitik der Rechtssozialisten mit den bürgerlichen Parteien und verwirft das Betriebsrätegesetz und die Arbeitsgemeinschaften. Salewski-Berlin wies darauf hin, daß die Vorstände der Zentralverbände und des Gewerkschaftsbundes selbst eine einseitige Politik in die Gewerkschaften hineingetragen haben. — Die Opposition forderte, daß die Hochverbände sich die Aufgabe stellen sollen, zu großen Industrieverbänden überzugehen. Ein anderer Antrag forderte die Festlegung auf das Stützsystem.

Das Schlußwort des Redakteurs, Genossen Sabath-Berlin, war eine Steigerung der vorausgegangenen oppositionellen Reden. Den aus tiefgeföhrt Ueberzeugung geflochtenen Ausführungen konnte sich auch die Rechte nicht entziehen. Sabath sprach ebenfalls auf dem Boden des Industrieverbandes, der alles zu umfassen habe, was mit der Bekleidungsindustrie in Verbindung steht, vom Rohprodukt bis zum fertigen Kleidungsstück. Er begründete die Gelegenheit, die gewerkschaftlich-politischen Notwendigkeiten gründlich zu hören. An der Herstellung der Arbeiterbewegung, die ihn tief berührte, trage die Schuld die rechte Seite. Auch die äußerste Linke habe später mit dazu beigetragen. Wenn aber politische Meinungen in den Gewerkschaften ausgetragen werden, dann müsse es sachlich geschehen.

Nach Schluß der Debatte wurde eine vom Hauptvorstand einbrachte Resolution, in der ihm das Vertrauen zu seiner Geschäftsleitung ausgesprochen wird, mit 84 gegen 44 Stimmen angenommen.

Der Kassierer Heilmann sprach auf den gedruckten Bericht. Die Mitgliederzahl habe sich jetzt auf rund 150 000 erhöht. Nicht in gleich günstigem Verhältnis haben sich jedoch die Finanzen entwickelt. Eine Erhöhung der Beiträge ist unbedingt notwendig. Heilmann erwiderte den Dank der Tagung, die Anträge aus verschiedenen Orten, die vom Hauptvorstand delegierten Streckenunterstützungsgelder aus der Hauptkasse zu bewilligen, abzulehnen.

Lehmann-Berlin begründete den Antrag Berlins, der die Niederhaltung des Streikgeldes von der Hauptkasse anlässlich des Streiks beim Spanischer Bekleidungsamt fordert, und griff den Hauptvorstand dabei hart an. Der Hauptvorstand hätte es verstanden, zur rechten Zeit bei der Regierung Schritte zu unternehmen, daß die Bekleidungsämter erhalten blieben. Die Bekleidungsämter seien zum Wohle der Bekleidungsindustrie und des Allgemeinwohles zu Schutzeinstellen an das Unternehmertum verschachtet worden. Schuld hätten die politischen Freunde des Hauptvorstandes in der Regierung, daß dem Volk diese großen Werte verloren gegangen sind. Die Abkündigung über das geforderte Streikgeld erregte die Annahme der Anträge.

Es folgte nun eine große Debatte über die Tarifpolitik. Die Redner des Hauptvorstandes, Eichler und Bloog, verteidigten die Tarifpolitik des Verbandes, mußten aber von einem großen Teil der Delegierten sich eine kräftige Kritik gefallen lassen. Es wurde verlangt, daß auch bei Lohnveränderungen grundsätzliche Politik getrieben werden müsse und die Forderungen nicht nach der Durchführbarkeit, sondern nach dem jeweiligen Lohnverhältnis erhoben werden müssen. In Bezug auf die Deimarbeit wurde verlangt, daß der Hauptvorstand von der Regierung geforderte Maßnahmen zu fordern habe, um die Heimarbeit abzusichern.

Müller-Berlin gab seiner Freude Ausdruck, daß der Widerstand, der der grundsätzlichen Lohnpolitik der Berliner Arbeiterklasse gegenüber in Erfurt bestand, jetzt von der rechten Seite des Verbandstages fallen gelassen wurde. Der geringe Widerstand, der bisher auf dem Verbandstag erfolgte, läßt nun ein besseres Verständnis erhoffen. Der Abstand der hohen Lohnforderung zu dem, was schließlich erreicht wird, mache die große Masse ungenutzter Mitglieder unzufrieden. Aber das sei gerade die hohe Mission der Gewerkschaften, ihren Mitgliedern zu zeigen, daß die Gewerkschaften zwar notwendig seien als ein Damm, um die gängliche Vererbung zu verhindern. Wenn die Arbeiter aber aus diesem Damm heraus wollen, können sie das nur durch den politischen Kampf erreichen.

Sprecher-Berlin führte aus: Der Realismus sei in allen Berufen geübt. Es sei dadurch der Beweis erbracht, daß die Gewerkschaften nicht grundlegend helfen können. Der acht-Stunden-Tag sei keine Erzwungenschaft der Gewerkschaften, sondern eine Verbesserung, durch die Revolution hervorgerufen. Die Zentralverbände der Gewerkschaften in Verbindung mit der rechtssozialistischen Partei haben dazu beigetragen, daß viele revolutionäre Errungenschaften, welche in den Betrieben bestanden haben, wieder verlorengegangen sind. Die Hamburger Bürgerkraft, worin Rechtssozialisten vertreten sind und einen erheblichen Einfluß ausüben, hat das durch den Soldatenverbot erlassene Verbot des Deimarbeit wieder aufgehoben.

Schumacher-Berlin betonte u. a., auch die Tarifbindung kann nur nicht von Lohnforderungen abhängen, wenn es die Leistung bedingt.

Kunze erbat Schumacher-Berlin zu seinem Referat über „Arbeiter, Arbeiter und Arbeiter-Konflikte“ das Wort. Referent schildert eingehend die Entstehung und Entwicklung der Konfession. Ein Hauptübel der Konfession ist die Heimarbeit, und das Zwischenmehrerum. Die Deimarbeit ist ein alter Übel, wo Konfession angefertigt wird, vertrieben, das Antikriegsmehrerum ist besonders in Berlin und Breslau hat es hervorgebracht.

Referent führte verbliebene Lohnkämpfe an und kam dann auf das zu schaffende Reichsamt der Tarifpolitik zu sprechen. Es soll auch hier nur die einfachste Darstellung in Stunden feinelegt werden. Man werde dadurch den Lohnanforderungen, sowie der Leistung Rechnung tragen können. Die Zahl der nach Tarif bezahlten Arbeiter und Arbeiterinnen in der Reichsarmee beträgt heute über 10 000. Referent polemisiert dann gegen die Berliner, die lieber die gewerkschaftlichen Momente in den Vorberaubt sehen lassen. Er würde sehr ein wirtschaftlicher Wiedereingetommen und möchte diese Zeit dazu benutzt werden, die Organisation auszubauen.

Ueber die Uniformlieferungsfrage...

Weiler vom Vorstand. Die Diskussion brachte im wesentlichen nichts Neues...

Kauf die nachfolgenden Redner griffen den Hauptvorstand noch einmal scharf an.

Groß-Berlin.

Heute Mittwoch

Schulanla, Calmstraße 14, 7 Uhr: Frauenversammlung. Steglitz, 7 1/2 Uhr: Gymnasium, Oesefstraße.

Gegen die Lebensmittelsteuerung.

Die überhand nehmende Lebensmittelsteuerung, die namentlich für die proletarischen Kreise stetig wachsende Not...

Preußens Gloria.

In einem Kino in der Königsgraber Straße. Ueber die weiße Wand kimmert die Längerin Barbara...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Vertrauensleute der Maschinenbauer. Donnerstag, den 20. Mai 1920...

Deutscher Bauarbeiterverband, Tiefbau. Donnerstag, nachmittags 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15.

Zahn-Praxis Endter Nflg. Alvenslebenstr. 21. Spezialität: Gummenloser Zahnersatz.

Kupfer Messing Roiguss Blei, Zink. Metall-Einkauf M. Scharlowski.

Santa Lucia. Feuriger, kräftiger Sektwein (wie Portwein).

Donnerstag, nachmittags 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15. Versammlung aller Vertrauensleute der Tiefbau-Betriebe.

Messing, Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht.

Höchstpreis. Zahl für eine Spiralböhre, Holzschrauben, Schmirgelleinen Mäiler.

KLEINE ANZEIGEN

Verkaufte. Gardineverkauf, Jäckeltanzhu, Mehrere Jacketanzüge.

Höbel. Chaiselongue, Jäckeltanzhu, Küchen Utensilien.

Raufgesuche. Goldbruch und Silberbruch, Metallabfälle, Kupferleitungen.

Werkzeuge und Maschinen. Spiralböhre, Konkurrenzlose Höchstpreise, Schnelllaufbohrer.

Messing, Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht.

Spiralböhre I. konkurrenzlosen Preisen Adolf Leubritz.

Tiermarkt. Hunde an- und verkauft, Einbruch, Ueberfall ausgebrochen.

Verschiedenes. Die nichtgewollte Belohnung gegen Frau Frida Hoffmann.

Anstiedelungen. Wandtisch, Quadrattisch, Unterrichtsrichtiges Deutsch sprechen.

Der billigste Weg für Angebot und Nachfrage sind die kleinen Anzeigen in der Abend-Post.